



Schaffhauser Polizisten kontrollieren mit einem mobilen Laser-Radar das Tempo der Vorbeifahrenden: In ihrem Kanton kommt auf 4400 Einwohner ein Kontrollgerät

Foto: Esther Michel

# Ausweitung der Blitzerzone

Die Schweiz ist das Land der Radarfallen – nun rüsten Kantonspolizeien und Gemeinden noch weiter auf

Daniel Glaus, Alexandre Haederli und Oliver Zihlmann (Text)

**Bern** Geht es um Blitzer und Radar, hat Martin Tanner, Chef Verkehrspolizei Schaffhausen, ein klares Motto: «Kontrolle ist die beste Prävention», sagt er mit Nachdruck. Wenn ihm Anwohner melden, es werde gerast, habe er nach «maximal fünf Tagen» eine mobile Kontrolle vor Ort. Den Radar lässt er mitunter stehen, bis sich die Autofahrer bessern.

Schaffhausen hat im Verhältnis zur Bevölkerung die höchste Dichte an Kontrollgeräten: ein Apparat auf 4400 Bewohner. Am anderen Ende der Skala liegt die Jura mit einem Gerät auf 36 000 Einwohner. Total gibt es in der Schweiz 900 Laserpistolen, fixe Blitzkästen, Radars und Nachfahr-Messgeräte – wesentlich mehr pro Kopf als zum Beispiel in Frankreich.

Ginge es nach den meisten Polizeichefs, würde diese Zahl unter Verschluss bleiben. Die Sonntags-Zeitung hat erst mithilfe des Öffentlichkeitsgesetzes Einblick in die nationale Datenbank des Bundes erhalten. Damit wird nun das vollständige Inventar aller Kantone und Gemeinden bekannt. Die Sonntags-Zeitung veröffentlicht ab heute alle Daten in einer Internet-Anwendung (siehe Grafik).

## Kantone und Kommunen streiten sich um die Einnahmen

Die Datenbank zeigt, dass es mehr Apparate gibt als bisher bekannt. Und es wird deutlich, dass die Polizeien mächtig aufgerüstet haben. Lausanne hat 2013 sein Arsenal praktisch verdoppelt, von 18 auf 32 Kästen. Auch Schaffhausen, Freiburg und Neuenburg haben aufgerüstet. Und es wird weiter eingekauft: Die Kantonspolizei (Kapo) St. Gallen erhält vier zusätzliche Blitzkästen. Die Kapo Zürich ersetzt für knapp zwei Millionen Franken alle 65 Messgeräte in ih-

ren Polizeiautos und hat gleich noch fünf zusätzliche bestellt. Die Kapo Bern hat 19 Geräte mitbestellt. Die Zürcher planen zudem, ihre mobilen sowie die fixen Anlagen aufzustocken. Laut Ausschreibung sucht die Kapo einen Lieferanten für bis zu 16 neue Geräte – obwohl die Politik offenbar erst einen Teil davon bewilligt hat.

Was in der Datenbank weiter auffällt: Rund 40 Prozent aller Geräte gehören nicht den 26 Kantonspolizeien, sondern über 100 Gemeinden. Darunter sind nicht nur die grossen Städte, sondern auch kleine Gemeindeverwaltungen.

Neben uniformierten Polizisten legen sich also auch zivile Kommunalfunktionäre auf die Jagd.

In mehreren Kantonen streitet sich die Kapo mit den Kommunen um die Kästen. Aesch in Baselland ging vor Gericht, weil der Kanton ihr den eigenen Radar verbieten wollte. Die Gemeinde setzte sich durch, danach rüstete gleich auch das nahe Therwil auf.

Auch im Kanton Bern dürfen einige Gemeinden selber Apparate aufstellen: Biel, Köniz, Ostermündigen und Burgdorf. Interlaken hat 2007 den «RobotMultaRadar S580» angeschafft. Kostenpunkt: 130 000

Franken, abbezahlt per Leasing. Die jährlichen Gebühren von um die 20 000 Franken waren rasch wieder in der Kasse. Allein 2013 wurden Geschwindigkeitsbussen von rund 74 000 Franken verteilt. Der Aufwand für den Betrieb ist gering: Je zehn Minuten für Auf- und Abbau, die Fotos werden automatisch auf einen Stick gespeichert, der Rest ist ein Büro-Job.

Interlaken möchte nun ein Gerät neuester Generation kaufen, doch der Kanton Bern stellt sich quer. Er muss das «Radar-Konzept» der Gemeinden bewilligen. Das Problem ist offenbar, dass die Gemein-

den an Orten messen wollen, wo zuerst der Verkehr beruhigt werden muss, etwa mit Inseln.

Die Bussen-Einnahmen seien «nur netter Nebeneffekt», wiederholen sich die Polizisten. Aber Fakt ist: In den Budgets der Kantone und Gemeinden sind die Einnahmen fest eingeplant. Valangin im Kanton Neuenburg finanziert ganze 18 Prozent seines Budgets mit Bussgeld aus seinen Radars. Nun will der Kanton die Kontrollen zentralisieren – und das Bussgeld selber einkassieren. Für Valangin wäre das eine Katastrophe; die Gemeinde kämpft im Kantonsparlament für seinen Radar – angeblich nur wegen der Verkehrssicherheit.

## Rückgang der Temposünder zwingt Biel zu Sparrunde

In Biel haben die zehn stationären Geräte 2013 genau 26 571 Schnellfahrer und Rotlicht-Sünder geblitzt. Knapp 2,7 Millionen Franken nahm die Stadt so ein. Hinzu kamen rund 330 000 Franken Bussgeld von zwei halbstationären Radargeräten. Nicht immer ist allerdings auf die Temposünder verlass: Biel musste 2013 die finanzielle Notbremse ziehen – als einen der «negativen Einflussfaktoren» nannte die Finanzdirektorin den «Rückgang Bussenertrag» um 1,8 Millionen Franken. Anders gesagt: Unter anderem weil die Bieler Autofahrer anständiger unterwegs waren, musste ein Sparprogramm her.

Wie viel Geld die Gemeinden und Kantone mit Bussen aus Geschwindigkeits- und Rotlichtkontrollen einnehmen, lässt sich nicht genau sagen. Mit der eidgenössischen Finanzstatistik 2012 kann man immerhin eine Annäherung wagen: Die Kantonshauptorte und grösseren Gemeinden haben zusammen 117 Millionen Franken Bussgeld eingenommen. Die Kantone zusammen 321,4 Millionen.

recherchedesk@sonntagszeitung.ch

## CVP will Burkhalter stoppen

Pro-Europa-Initiative stösst parteiintern auf Widerstand

**Bern** Die CVP will die bilateralen Verträge als festen Bestandteil der Schweizer Aussenpolitik in die Verfassung schreiben. Doch bei den Plänen handelt es sich nicht nur um eine Pro-Europa-Initiative, wie Parteipräsident Christophe Darbellay im «Sonntagsblick» verkündete. Ziel ist es, die Erweiterung der bilateralen Beziehungen zur EU und vor allem die Ausbaupläne von Aussenminister Didier Burkhalter zu stoppen. Wie mehrere CVP-Quellen bestätigen, will die Partei nämlich nicht bloss die Bilateralen in der Verfassung verankern, wie Darbellay vage angedeutet hatte. Es soll dort gleichzeitig festgeschrieben werden, dass sich die Beziehungen zur EU auf sogenannte «sektorale Wirtschaftsverträge» beschränken muss.

Das hätte weitreichende Konsequenzen: Ein institutionelles Rahmenabkommen, das die Übernahme neuen europäischen Rechts und die Zuständigkeit der Schweizer und der EU-Gerichte bei der Beilegung von Vertragsstreitigkeiten regeln soll, wäre somit nicht mehr möglich. Weil die EU ohne ein solches Rahmenabkommen auch keine neuen Wirtschaftsverträge mehr abschliessen will, würde der bilaterale Weg auf dem heutigen Stand eingefroren.

## Für die BDP zielen Darbellays Pläne in die falsche Richtung

Das angedachte Volksbegehren würde zur eigentlichen Anti-Burkhalter-Initiative. Der FDP-Magistrat und sein Chefunterhändler Yves Rossier möchten den bilateralen Weg mit einem ganzen Paket aus Rahmenabkommen, neuen Verträgen und allenfalls angepasster Personenfreizügigkeit aus der Sackgasse holen. Die Promotoren der CVP-Initiative fürchten aber, dass ein solches Paket mit fremden Richtern keine Mehrheit im Volk finden könnte.

Umgekehrt sehen sie ihre Initiative als den notwendigen historischen Kompromiss, mit dem man der SVP entgegenkommen und diese für eine Fortführung des Bilateralismus gewinnen könnte. Zudem glaubt man, damit im kommenden Wahlkampf bei der konservativen Anhängerschaft besser dazustehen.

Doch das faktische Ausbaupaket provoziert auch Widerstand in den eigenen Reihen. CVP-Nationalrätin Kathy Riklin machte sich in den letzten Jahren innerhalb ihrer Partei für einen angepassten EWR-Weg stark. 2012 plädierte selbst Parteipräsident Darbellay für diese Option, worauf er massive Kritik von Gefährten und Gegnern einstecken musste. Jetzt ist Riklin entsprechend skeptisch. «Ich will von der Parteileitung Klarheit», sagt sie auf Anfrage.

Auch der zukünftige Bündnispartner BDP, mit der zusammen die CVP Ende Monat die Bildung einer gemeinsamen Bundeshausfraktion und Parteienunion bekannt geben will, fühlt sich provoziert. BDP-Nationalrat Hans Grunder: «Das geht total in die falsche Richtung. Wenn die CVP wirklich mit uns zusammenarbeiten will, muss sie über die Bücher.»

CVP-Präsident Christophe Darbellay ist mit seinen Plänen für die Volksinitiative unter Druck. Gut möglich, dass er diese revidieren muss, bevor er sie am 30. August am CVP-Parteifest seiner Basis präsentiert.

Denis von Burg, Reza Rafi

## Schaffhausen hat acht Mal mehr Blitzer und Radar pro Person als der Jura

Dank dem Öffentlichkeitsgesetz und dem Einsatz des Datenschutzbeauftragten erhielt die Sonntags-Zeitung erstmals die komplette Liste aller Radar, Blitzer und Laser in der Schweiz. Ab heute ist das Inventar aller Kantone und Gemeinden abrufbar in einer interaktiven Grafik unter <http://soz.li/MsMZ>

